

Format de citation

Friedrich, Klaus-Peter: Rezension über: Katrin Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, Göttingen: Wallstein Verlag, 2017, in: Neue Politische Literatur, 63 (2018), 3, S. 519-521, DOI: 10.15463/rec.2010543683

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

sich die Zinsausgaben 1982 bereits auf acht Prozent des Bundeshaushaltes.

Die keynesianische Politik der Globalsteuerung blieb in der Wirtschaftskrise, die der Ölpreisschock von 1973 auslöste, wirkungslos. Bald stand die politische Diskussion um den Schuldendienst im Mittelpunkt der Debatte, insbesondere im Bundestagswahlkampf 1980. Die nun entstehende Konsolidierungskoalition war angeführt von der Deutschen Bundesbank, die sich für Geldmengensteuerung im Sinne des Monetarismus aussprach. Ihr schlossen sich der Sachverständigenrat, das heißt die Wirtschaftsweisen, und der Bundesverband der deutschen Industrie an. Die CDU/CSU, die sich noch in der Opposition befand, hatte Schwierigkeiten, dem politischen Umdenken ad hoc zu folgen. Allerdings wandte sich der wirtschaftsliberale Flügel der FDP der Konsolidierungskoalition zu. Wachsende Zinslasten, zunehmende Sozialleistungen und sinkende Investitionen bedrängten die öffentlichen Haushalte immer stärker. Die sozial-liberale Regierung rückte immer weiter auseinander, der Bruch wurde unvermeidlich. Ob die darauf folgende christlich-liberale Koalition „eine finanzpolitische Wende einleitete, wie sie stets betonte, und jene Konsolidierungspolitik auf den Weg brachte, die Helmut Kohl als neuer Kanzler enthusiastisch ankündigte, ist fraglich“ (S. 385). Gegen die Neuorientierung der Finanzpolitik gab es nicht nur Widerstände der Länder und Gemeinden, sondern auch die Forderungen der Sozial-, Umwelt-, Verkehrs- und Verteidigungspolitiker stellten sich entgegen. Um sich die Wählergunst zu erhalten, schraubte die CDU/CSU-Regierung die Konsolidierungsbemühungen zurück; nach der Bundestagswahl von 1987 flauten sie vollends ab. Dem Bundeshaushalt wurden wieder hohe Subventionen, steigende Überweisungen an die Europäische Gemeinschaft sowie neue Sozialleistungsgesetze aufgebürdet.

Dennoch wurde die Sozialpolitik restriktiver betrieben, die Sozialleistungsquote ging zurück, wobei die Grundlagen des Sozialstaates nicht infrage gestellt wurden.

Ullmann greift einen begrenzten, wenn auch sehr entscheidenden Zeitabschnitt von Deutschlands „Abgleiten in einen Schuldenstaat“ auf. Die zweite Hälfte der Periode hatte eine Scharnierfunktion in der Entwicklung von einem Expansions- zu einem Konsolidierungskurs. Beide Strömungen lassen sich in der Bundesrepublik nicht eindeutig einer politischen Richtung zuordnen, sondern wurden in den jeweiligen Zeitabschnitten von einem größeren politischen Konsens getragen. Eindeutige Kurskorrekturen blieben auch bis zum Ende des 20. Jahrhundert aus, denn mit der Vereinigung der deutschen Staaten stiegen die Staatsschulden erneut. Das Buch leistet einen kenntnisreichen, quellengesättigten Beitrag zum Verständnis des Wandels öffentlicher Haushaltspolitik.

Lyon

Marcel Boldorf

Postnationalsozialistische Erinnerungskultur

Hammerstein, Katrin: Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung?. Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, 591 S., Wallstein, Göttingen 2017.

Katrin Hammersteins Studie über Gedächtnisdiskurse und Identitätskonstruktionen in der Bonner Republik, der DDR und in Österreich beruht auf ihrer 2017 bei Edgar Wolfrum abgeschlossenen Dissertation an der Universität Heidelberg. Wie sie eingangs feststellt, habe sich die „Dreiteilung des ‚Großdeutschen Reiches‘“ nach 1945 in einer dreigeteilten Erinnerungskultur und Geschichtspolitik niedergeschlagen, bestehend aus „österreichischen Opfern,

ostdeutschen Widerstandskämpfern und [...] westdeutschen Tätern“ (S. 9f.). Dabei wurde dem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den kleineren Nachbarn gemeinhin großer Erfolg attestiert. Hammerstein geht demgegenüber von der These aus, dass die kollektive Erinnerung in den drei Staaten „bezogen auf- und verbunden miteinander ist“ (S. 22). Ausgeführt wird dies anhand von unterschiedlichen Quellen: Stellungnahmen staatlicher Repräsentanten, Äußerungen in Publikationen zur politischen Bildung, in der veröffentlichten Meinung und – seit den 1980er Jahren – in Tagungsdokumentationen und auf Gedenktafeln und Denkmälern im öffentlichen Raum; von wenigen Ausnahmen abgesehen fand Archivmaterial keine Berücksichtigung (S. 31).

Ausgehend von den Gründungsmythen der Nachfolgestaaten des ‚Großdeutschen Reiches‘ und übergehend zu den nationalen Identitätskonstruktionen untersucht Hammerstein den Umgang mit der gemeinsamen NS-Geschichte in den frühen Nachkriegsjahrzehnten. Im Hauptteil steht der Wandel der öffentlichen Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus zwischen dem Ende der 1970er und den späten 1980er Jahren im Mittelpunkt. Diese waren bekanntlich geprägt von aufwühlenden, oft zeitlich zusammenfallenden Schlüsselereignissen in Form von Debatten kritischer nationaler Selbstsuche, von politischen Skandalen und viels diskutierten runden Jahrestagen. Die dadurch in Gang gesetzte Umgestaltung als falsch empfundener Geschichtsbilder führte dazu, dass sie sich gleichzeitig einander anglichen und das in Westdeutschland etablierte selbstkritische Narrativ immer mehr Anziehungskraft entfaltete.

Wie vielen vor ihr erscheint Hammerstein die Fernsehausstrahlung der „Holocaust“-Serie 1979 als „Startschuss des Gedenkmarathons“ (S. 153). Im Ergebnis einer

Transfergeschichte bildete sich dann eine übernational verflochtene Erinnerungspraxis heraus, die sich in neuen Formen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus ausdrückte – und in der mühevollen bewussten Abgrenzung von geistigen und ideologischen Restbeständen der NS-Zeit, welche dem Generationenwechsel zu verdanken ist. Deutlich wird dies beim Ausblick auf die 1990er Jahre, als sich die Debatte vergessenen Opfergruppen – Sinti und Roma, Zwangsarbeitern und Deserteuren der Wehrmacht – zuwandte.

Kaum ausgeleuchtet wird der Beitrag der Geschichtswissenschaft zum Wandel des kollektiven Geschichtsbilds – und wie weit deren Erkenntnisse in die populärhistorische Sphäre von Fernsehen und Publizistik hineinwirkten. Zudem bleibt unberücksichtigt, dass eine ‚Angleichung‘ nicht nur unter den Nachfolgestaaten Hitler-Deutschlands erfolgte, sondern dass die Einstellungen in der Bonner Republik sich stets dem angenähert haben, was in den USA und in Großbritannien seit Längerem die herrschende Auffassung war. Für die 1990er Jahre liegt der maßgebliche Einfluss US-amerikanischer Wissenschaftler auf der Hand, von Christopher Brownings „Ordinary Men“ (1992) über Daniel J. Goldhagens internationalen Bestseller „Hitler’s Willing Executioners“ (1996) bis zu Jeffrey Herfs „Divided memory. The Nazi Past in the Two Germanys“ (1997), worauf sich die Verfasserin wiederholt bezieht. Diese Bücher wurden fast gleichzeitig auch auf Deutsch herausgebracht. Über einen sprachlichen Mischmasch bei den Kapitelüberschriften darf man geteilter Meinung sein. Der argumentativen Klarheit ist nicht gedient, wenn von „Connected Memories“ (S. 339) die Rede ist und der Umgang mit dem Nationalsozialismus in den 1990er Jahren mit „Towards a Memory of Guilt“ überschrieben wird, ohne solche Begrifflichkeiten genauer

zu erläutern und auf überzeugende Weise in die eigene Sprache zu übertragen.

Hammerstein hat einen wichtigen vergleichenden Beitrag zur Gedächtniskultur vorgelegt. Er ermöglicht es, die Transformationsprozesse des auf die NS-Zeit bezogenen Vergangenheitsdiskurses angemessener zu beurteilen. Denn was nach 1945 – an neu errichteten Staatsgrenzen orientiert – Erinnerungspolitisch getrennt erschien, war in weiten Teilen miteinander verflochten. Zu verzeichnen sei, wie Katrin Hammerstein abschließend resümiert, eine Entwicklung der Vergangenheitsaufarbeitung von der anfänglich „getrennten Erinnerung zur ‚Gedächtnismélange‘“ (S. 488), welche die drei Staaten miteinander verband – „bis hin zu einer teilweise transnationalen Auseinandersetzung und Memorialisierung sowie einem Vermischungen und Verschmelzungen nach sich ziehenden Ineinandergreifen der Diskurse“ (S. 504).

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

21. JAHRHUNDERT

Nach dem Kalifat

Luizard, Pierre-Jean: Die Falle des Kalifats. Der Islamische Staat oder die Rückkehr der Geschichte, 152 S., Hamburger Edition, Hamburg 2017 (franz. 2015).

Als Pierre-Jean Luizard, Historiker am Centre Nationale de la Recherche Nationale und ausgezeichnete Kenner des Iraks, seine zuerst 2015 erschienene Studie verfasste, stand der Islamische Staat (IS) im Zenit seiner Macht im nördlichen Irak und Syrien. Das im Sommer 2014 proklamierte Kalifat – Abu Bakr al-Baghdadi hielt im Juli des Jahres in Mosul seine Ramadan-Predigt, die akribisch darauf angelegt war, sich durch

Berufung auf ein frühislamisches Vorbild zu legitimieren – gab dem Anspruch auf Territorium, staatliche Ordnung und islamische Gesetzlichkeit in emblematischer Weise Ausdruck. Ausgerufen war damit eine neue und für millenaristisch denkende Anhänger finale Epoche einer nach langer Unterbrechung wiederhergestellten allumfassenden sunnitischen Autorität, die anderen islamischen Bekenntnissen keine Existenzberechtigung beließ und die monotheistischen Schwesterreligionen islamischer Herrschaft unterstellte. Seit Ende 2017 kann der Islamische Staat als militärisch besiegt gelten. Luizards Intervention ist damit sicher nicht überholt. Das mit 150 Seiten schmale und flüssig geschriebene Buch stellt Hintergründe des Geschehens dar, die das Phänomen IS erst möglich gemacht haben. Dabei geht es dem Autor nicht um seinen tatsächlichen oder vermeintlichen islamischen Charakter. Er betont dagegen die Einbettung des IS in regionale Geschichte und lokale Perspektiven. Die Rationalität der ikonografischen Strategie des IS, seiner Beuteökonomie und staatsähnlichen Verwaltung, welche die lokale Versorgung der Märkte wiederherstellte und ein gewisses Maß an Rechtssicherheit bot, hat sunnitischen Muslimen, die in seinem Herrschaftsgebiet lebten, als das kleinere Übel gegenüber den Unrechtsregimen der amtierenden Staatsorgane erscheinen können. Gleichzeitig bildete die menschenverachtende Brutalität im Umgang mit Minderheiten eine „Falle des Kalifats“, die zur Vehemenz der internationalen Gegenwehr und damit zu seinem Untergang beigetragen hat (S. 129). Die systematische Strategie des IS, seinen Kampfverband und die Front der feindlichen Gegenwehr zu internationalisieren, wie auch die wissenschaftsfeindliche ideologische Verengung seiner Vision von „Bildung“, sind systemimmanent rational, aber gleichzeitig weltentrückt und destruktiv.